Meinungen

Kommentar

Die Stadt lässt sich nicht einfrieren

Zu viele Expats? Linke Politikerinnen und Politiker wollen die Attraktivität Zürichs schmälern. Das ist naiv und provinziell.

Der Grossraum Zürich zieht derart erfolgreich internationale Firmen und Arbeitskräfte an, dass es inzwischen manchen Einheimischen «gnüegelet». Wie stark sich das Englische in der Stadt ausbreitet ist ständiges Stadtgespräch, der Unterton oft genervt. Dasselbe bei den gut bezahlten Google-Ingenieuren, die sich absurde Mietpreise leisten können und so die Gentrifizierung befeuern.

Das Unbehagen findet inzwischen auch in der Zürcher Politik Widerhall. Es fing bei der AL und bei den Grünen an, hat jetzt aber auch die SP erfasst, die grösste und mächtigste Partei der Stadt. Co-Präsident Oliver Heimgartner fordert, der Standortförderungsagentur Greater Zurich Area die Gelder zu kürzen und den Ausbau des Flughafens zu bremsen. Zürich sei auch so erfolgreich genug. Das ist eine naive und provinzielle Sichtweise. Die grossen Ballungsräume Europas stehen im konstanten Wettbewerb um die Arbeitsplätze der Zukunft.

Die Devise sollte lauten: Das Wachstum nicht bremsen, sondern lenken.

Alle buhlen um Firmen und damit auch um Arbeitsplätze und Steuergeld. In der Schweiz hat sich Zürich längst als der Standort herauskristallisiert, der für unser Land zuvorderst an diesem Wettbewerb teilnimmt. Und dieser lässt sich nicht mit angezogener Handbremse betreiben.

Es gibt keinerlei Garantie, dass erfolgreiche Unternehmen der Vergangenheit auch in Zukunft Millionen in die Kassen der öffentlichen Hand spülen. Und ohne stabile Finanzlage kein Budget für all jene Projekte, die insbesondere auch die Linke vorantreibt, von der Tagesschule bis zu «Netto null». Hinzu kommt: Am Grossraum Zürich hängen Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft in der ganzen Schweiz, von Zulieferbetrieben bis zur Tourismusindustrie in den Bergen. Die Devise sollte in Zürich daher lauten: das Wachstum nicht bremsen, sondern lenken. Wo soll die Stadt wie schnell wachsen? Wie gestaltet man neue Stadträume? Schlüssel dazu ist, nicht an den Grenzen der zwölf Kreise damit aufzuhören. Zürich ist längst auch Schlieren und Dübendorf. Oder Winterthur und Zug. Hier sind Ideen in Wohnbau-, Raumplanungs- und Verkehrspolitik gefragt – statt der Standortförderung die Mittel zu kürzen.

Mario Stäuble

Gefährlicher Zündler: Alex Jones im Dezember 2020 bei einer Pro-Trump-Demo. Foto: Jose Luis Magana (AFP)

Man muss sich gegen Lügen wehren – mit allen Mitteln eines Rechtsstaats

US-Rechtspopulist verurteilt Nach dem Massaker an einer Schule verbreitete Alex Jones geschmacklose Falschinformationen. Jetzt muss er 965 Millionen Dollar Strafe zahlen.

Jürgen Schmieder

Alex Jones ist nicht das Problem. Gewiss, der Mann ist ein gefährlicher Zündler, man kann kaum verwerflichere Dinge tun, als die Opfer eines Massakers zu verhöhnen, Grundschulkinder zumal. Jones hatte behauptet, die Toten des Amoklaufs an der Sandy Hook Elementary School im Jahr 2012, davon 20 Schüler, seien nicht tot, sondern putzmunter. Er hatte die Angehörigen nur wenige Tage danach als Schauspieler beleidigt, engagiert von Politikern, die sich für strengere Waffengesetze einsetzen. Und er hatte seine Gefolgschaft angestachelt, die Beerdigungen der Opfer zu stören und Trauernde nicht nur zu belästigen, sondern zu bedrohen.

Jones zahlt den Preis für seine degoutanten, diabolischen Aussagen. Nachdem ihn ein Gericht bereits zu 45,2 Millionen Dollar Strafe verurteilt hat, von denen er wegen der Gesetze im US-Bundesstaat Texas nur ein Zehntel wird zahlen müssen, lautet das Urteil des Gerichts in Connecticut nun: 965 Millionen Dollar. Es wird einen dritten Prozess geben; auch da geht es nur um die Höhe der Geldstrafe, insgesamt dürfte es mehr als eine Milliarde Dollar werden.

Das ist viel Geld, und Jones dürfte Privatinsolvenz anmelden müssen. Aber: Er ist weiterhin ein freier Mann mit riesiger Reichweite. Er stilisiert sich zum Opfer, nennt Prozesse gegen sich politisch motiviert, initiiert von Leuten, die ihm das Recht auf freie Meinungsäusserung nehmen wollen.

Das Urteil kommentierte er live auf seiner Plattform, und da beginnt das Problem. Jones hatte die Geschworenen beim Prozess aufgefordert, eigene Nachforschungen anzustellen; er sagte, dass er nichts und niemandem traue, weder demokratischen Prozessen wie Wahlen oder Gerichtsurteilen gegen ihn. Das sind gefährliche Aussagen, letztlich wurde er aber nicht deswegen angeklagt, sondern einzig deshalb, weil er sich mit Lügen bereichert haben soll.

Jones hat nach wie vor Plattform und Gefolgschaft, und das ist das wahre Problem: Er ist kein einsamer Irrer. Er ist Vorbild für alle Fakten-Vernachlässiger und Meinung-Rausposauner, die glauben, dass jeder Unsinn vom Recht auf freie Meinungsäusserung gedeckt ist. Die Aussagen so tarieren, dass sie gerade noch juristisch nicht belangt werden können – wie die Anwälte von Fox-News-Zündler Tucker Carlson, deren Strategie es in einem anderen Fall ist, zu sagen, dass doch sowieso keiner für bare Münze nehme, was Carlson allabendlich sage.

Manche Dinge sind nun mal faktisch falsch – wie Jones' Behauptung von der Inszenierung des Massakers. Da hilft es nicht, zu sagen, dass man alles hinterfrage. Es ist falsch, Punkt. Man muss auch nicht für jeden Unfug Verständnis aufbringen mit der Begründung, alle Meinungen zulassen oder andere Ansichten hören zu müssen. Wer die Eltern von gerade ermordeten Grundschulkindern verhöhnt und deren Leben zur Hölle macht, für den muss man keinen Funken Verständnis zeigen. Jede Person darf sagen, was sie will – aber sie muss die Konsequenzen dafür tragen. Wie Jones nun.

Die wichtigste Botschaft der Urteile gegen Jones ist: Man muss sich wehren gegen Leute, die der Welt schaden mit dem erwiesenen Unsinn, den sie verzapfen – mit allen Mitteln, die einem eine Demokratie zur Verfügung stellt.

Gastbeitrag

Schweiz sucht Kooperation mit einem Unrechtsstaat

Eritrea Wie kommt man auf die Idee, ein so korruptes Land zu unterstützen?

Daniel Winkler

Der grausame Konflikt am Horn von Afrika, in dem Millionen von Menschen von Hunger und Genozid bedroht sind, kommt nicht zur Ruhe. In diesen Tagen wurde berichtet, dass der eritreische Machthaber Isayas Afewerki wieder in Tigray, Äthiopien, einmarschiert sei. Dieser Krieg wird auf allen Seiten mit beispielloser Brutalität und ohne Rücksicht auf Zivilisten geführt, und der rätselhafte Diktator spielt dabei eine unheilvolle Rolle.

Im vergangenen Monat wurde auch bekannt, dass Eritrea Berufsschulen verstaatlicht, die von der Eidgenossenschaft mit 1,3 Millionen Franken unterstützt wurden. Im Jahr 2020 wurden 6 Millionen Franken für Schweizer Projekte gesprochen. Aber Eritrea ist ein prekärer Unrechtsstaat mit korrupter Regierung und katastrophaler Menschenrechtslage. Auf der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen rangiert das Land im Jahr 2020 auf dem 180. Platz von 180 Ländern. Es ist ein Überwachungsstaat, in dem es keine Verfassung, kein Parlament, keine unabhängige Justiz und keine Freiheit gibt. Wie kommt man auf die Idee, ein derart korruptes Land zu alimentieren? Die Schweiz ist vom Wunsch getrieben, möglichst bald eritreische Asylsuchende in ihr Herkunftsland zurückzuführen, denn diese Menschen sind in der Schweiz unerwünscht, da kulturfremd.

Die Hoffnung auf Rückkehr hegt auch unsere Bundesrätin Karin Keller-Sutter, wenn sie in den Medien sagt: «Ärgerlich ist auch, dass es Staaten gibt, die ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht wahrnehmen. Zum Beispiel nimmt Eritrea keine eigenen Staatsangehörigen zurück, wenn sie nicht freiwillig ausreisen. Das ist völkerrechtswidrig. Aber wir können es nicht einseitig ändern.»

Die desperate Lage in Eritrea hat sich seit über zwei Jahrzehnten kaum geändert, die asylbehördliche Einschätzung der Schutzbedürftigkeit dieser Menschen dagegen schon. Seit der Praxisänderung des Staatssekretariats für Migration 2016 wurden über 5000 Asylsuchende aus Eritrea weggewiesen.

Wo sind diese Menschen heute? Viele sind ins nahe Ausland geflüchtet. Dort leben sie ohne Perspektive auf eine Regularisierung. Werden sie behördlich aufgegriffen, droht ihnen die Rückschaffung in die Schweiz. Frauen, Kinder und damit überproportional viele vulnerable Menschen sind in den Rückkehrzentren der Schweiz hängen geblieben. Sie leben unter den abschreckenden Bedingungen des Nothilferegimes, aber die beabsichtigte Vergrämung hilft hier wenig, denn Familien können sich schlecht in die Klandestinität verabschieden.

Diese Menschen hätten Anspruch auf vorläufigen Schutz. Solange sie nicht zurückkehren können, verdienen sie eine menschenwürdige Behandlung. Sobald sich die Verhältnisse in Eritrea stabilisieren und die Diktatur ein Ende nimmt, wird eine Rückkehr möglich. Es ist bekannt, dass die heutige Form des Nothilferegimes als Langzeitzustand grund- und menschenrechtliche Standards mit Füssen tritt. Sie findet ihre Analogie in der administrativen Versorgung des vergangenen Jahrhunderts. Aber diese Flüchtlinge haben keine Lobby.

Unser Parlament hat in der vergangenen Session im Energiebereich gezeigt, dass es Probleme anpacken und rasch lösen kann. Ein Ausweg aus der Sackgasse wäre für diese Menschen ein Akt der Menschlichkeit.

Daniel Winkler (geb. 1967) ist seit 2005 evangelisch-reformierter Pfarrer in Riggisberg BE. Seit 2014 setzt er sich für Flüchtlinge ein. Er ist Mitglied von «Aktionsgruppe Nothilfe – Sackgasse Langzeitnothilfe».